1968 und die Folgen – Reflexionen nach 40 Jahren

Manfred Wilke

Ein subjektiver Blick zurück

Über 1968 und die Folgen in der westdeutschen Gesellschaft kann ich nicht schreiben, ohne mich in diese Geschichte selbst einzubeziehen. Ich war damals aus voller Überzeugung ein Aktivist der Linken in der Revolte.

Dreißig Jahre später auf dem Bremer Parteitag der CDU trat ich zusammen mit Bürgerrechtlern aus der DDR in diese Partei ein und der Kanzler der Einheit begrüßte mich mit Handschlag. Mit meinem Eintritt folgte ich einer Initiative von Arnold Vaatz. Wir wollten ein Zeichen setzen gegen die Rückkehr der Postkommunisten in die Regierungsverantwortung als Koalitionspartner der SPD im Osten. Arnold Vaatz überzeugte mich mit den Worten: „Schließlich gehörst du doch auch zu uns."

Die Reflexion über 1968 und ihre Folgen ist für mich eine über meinen eigenen wissenschaftlichen und politischen Lebensweg, er war nicht bruchlos. Die Deutschen erlebten zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert, beide wurden verloren. Nach diesen Kriegen kam es zum Wechsel der politischen Ordnungen, in denen unzählige Biografien zerbrachen und Neuanfänge unausweichlich wurden. Darüber zu sprechen, ist in unserem Land nicht sonderlich populär. Ohne Umwege, Irrtümer, Verblendungen, Fehler und die Umkehr aus Verstrickungen können aber viele deutsche Biografien des 20. Jahrhunderts nicht geschrieben werden.

Das gilt selbst für die Lebenswege derer, die in beiden Diktaturen in Deutschland Widerstand geleistet haben.

Dieser Rückblick orientiert sich an den Fragestellungen, die mich 1968 tatsächlich bewegten und von denen zwei meinen wissenschaftlichen und politischen Lebensweg bestimmen sollten: die Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft und die Solidarität mit den Reformkommunisten und Bürgerrechtlern im sowjetischen Imperium. Die einzelnen Stationen dieses Weges lassen sich festmachen an meinen wichtigsten Publikationen. Meine wissenschaftliche Arbeit widmete sich in der Regel Aspekten dieser zentralen Fragestellungen. In den einzelnen Episoden, von denen ich hier berichte, wird auf die Publikationen jeweils verwiesen. Sie markieren den Abschied von Hoffnungen, Illusionen und Irrtümern, die mich 1968 bewegten, sie sind Wegmarken auf meinem Weg der Erkenntnis.

Meine politische Sozialisation

Ich gehörte nicht zu den durch die antiautoritäre Revolte politisch Erweckten. Meine politische Sozialisation lag vor diesem magischen Jahr. Mein Weg in die Linke begann in meinem Heimatdorf mit Fragen, die meine Generation stellen musste – auch wenn sie nicht jeder stellte: Warum hat Deutschland den Krieg verloren? Warum sind wir ein besetztes und geteiltes Land? Warum sollen wir Adolf Hitler als politischen Verbrecher betrachten, wo ihm unsere Eltern doch sogar in den Krieg folgten?

Meinem Gefühl nach bekam ich auf diese Fragen weder in der Schule noch in unserem Dorf ehrliche Antworten. Dann erlebte ich eine Ausnahme. Der Arbeiter Karl Grigat ging bereitwillig auf meine Fragen ein. Am Beispiel unseres Dorfes Körle in Nordhessen beschrieb er, wie die National-

sozialisten zum Hoffnungsträger der arbeitslosen und verzweifelten Menschen in der Weltwirtschaftskrise wurden und wer sie organisiert hatte. Er erklärte mir auch, warum ich keine Antworten auf meine Fragen erhielt. Es waren zu viele dabei und in der einen oder anderen Weise auch in die Verbrechen des Regimes verstrickt gewesen. Dann sprach er mit mir über den Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung gegen die Nazis, der schon vor 1933 begann, aber zu schwach war, um diese an der Machtergreifung zu hindern. Und er erklärte, warum Hitler zu Recht auch von den Deutschen als Verbrecher betrachtet werden muss. Karl Grigat hatte 1925 in unserem Dorf die KPD gegründet.

Zeitgleich mit diesen Gesprächen begann ich meine Lehre als Einzelhandelskaufmann und trat 1960 in Kassel der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) bei. Eine Konsequenz der Gespräche mit Grigat war meine Überzeugung, dass nach 1945 nur noch die linken Parteien das moralische Recht auf die Führung der deutschen Politik besaßen. In Kassel lernte ich einen Kreis linker Sozialdemokraten kennen und hörte das Kürzel SDS zum ersten Mal. Dieser Studentenverband hielt auch nach der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD von 1959 am Sozialismus als politischem Ziel fest und damit auch an der Überwindung des Kapitalismus als Aufgabe. 1960 brach der SPD-Parteivorstand mit diesem sozialdemokratischen Studentenverband. 1962 gründete sich ein Förderverein, dessen Wortführer die Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth aus Marburg und Ossip K. Flechtheim aus West-Berlin waren und wir nahmen zu ihnen Kontakt auf. Die IG Metall unterstützte den Studentenverband auch finanziell. Wir Sozialisten setzten unsere Hoffnungen vor allem auf die IG Metall – gegen die damalige Linie in unserer Partei. 1961 war ich SPD-Mitglied geworden, ich blieb es 33 Jahre lang. Erst als die Brandenburger SPD 1994 im Untersuchungsausschuss des Landtages mithilfe der

PDS ihren Ministerpräsidenten Manfred Stolpe von dem durch Berge von Akten begründeten Verdacht freisprach, als IM Sekretär dem MfS gedient zu haben, trat ich aus.

Damals, Anfang der 1960er Jahre, war der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft Otto Brenner. Er verhinderte, dass die Forderung nach Sozialisierung der Großindustrie 1963 aus dem DGB-Programm gestrichen wurde, was der SPD-Parteivorstand erwartet hatte. Wir glaubten, eine der Grundvoraussetzungen für eine sozialistische Ökonomie bliebe so im politischen Raum der Bundesrepublik präsent.

Durch diesen Kreis erhielt ich Kontakte sowohl zu Wolfgang Abendroth als auch zur Presseabteilung der IG Metall, namentlich zum Chefredakteur ihrer Mitgliederzeitung Jakob Moneta, nach seiner Haftentlassung 1964 auch zu Heinz Brandt. Beide lenkten meinen Blick auf die Geschichte der Sowjetunion, den Stalinismus und die Geschichte der DDR. Dafür war das Jahr 1961 in vielerlei Hinsicht ein Schlüsseljahr. In Berlin wurde nicht nur die Mauer gebaut, sondern in Moskau fand auch der 22. Parteitag der sowjetischen Kommunisten statt. Er beschloss ein neues Parteiprogramm und mit der Entfernung der Leiche Stalins aus dem Lenin-Mausoleum setzte Nikita S. Chruschtschow die Entstalinisierung fort, die er 1956 auf dem 20. Parteitag mit seiner Rede über Stalins Verbrechen begonnen hatte. In unserem Kreis wurde dieser Kurs begrüßt, versprach er doch die Gegensätze zwischen uns Sozialisten und den Kommunisten ein Stück einzuebnen. Wir hofften auf die Wandlung des Kommunismus. Sie war für uns eine wichtige Voraussetzung, um zu einer Verständigung mit der SED in der deutschen Frage zu kommen. Spätestens mit dem Bau der Mauer war die Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer sichtbar gescheitert. Auch wenn Bonn die DDR nicht anerkannte, sie war eine Realität. Die Beschwörung der Wiedervereinigung und die Ab-

lehnung von Verhandlungen mit der SED waren für uns, die die deutsche Frage noch umtrieb, Propaganda zur Rechtfertigung des Weststaates. Die Beschwörung des Wortes Wiedervereinigung aus dem Munde des Bundeskanzlers nahmen wir als leer und verlogen wahr. Wir unterstellten ihm, dass er in Wahrheit gar keine Wiedervereinigung wollte.

Georg Schäfer, Verwaltungsangestellter des Kasseler Arbeitsamtes, hatte aus unserem Kreis Verbindungen zur SED. Als Gewerkschafter hatte er trotz aller Kontaktverbotsbeschlüsse des DGB in den 1950er Jahren intensive Kontakte zum FDGB unterhalten. Für die FDGB-Funktionäre aus Erfurt war er ein Vertrauensmann in ihrer „Westarbeit". Er vertrat vor allem die These, um Deutschland unter sozialistischen Vorzeichen wieder zu vereinigen, müssten SPD und SED zusammenarbeiten. Er überzeugte mich, dass eine sozialistische Deutschlandpolitik von den Realitäten in beiden Teilstaaten auszugehen habe und dass sich beide Gesellschaften in einem Prozess der Annäherung verändern müssten. Diese These vertrat er schon, bevor Egon Bahr in Tutzing 1964 vom „Wandel durch Annäherung" sprach. Wir nahmen uns die Freiheit, eine solche Politik zu diskutieren und so wurde ich mit ihren Widersprüchen und Konflikten sehr schnell konfrontiert. Wenn eine Frage zwischen uns und den Kommunisten offen blieb, dann die nach Freiheit und Demokratie.

Am 16. Juni 1961 wurde Heinz Brandt, Redakteur der Mitgliederzeitung der IG Metall in West-Berlin, von der Staatssicherheit der DDR gekidnappt und in einem Geheimprozess zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die IG Metall übernahm seine Verteidigung und der DGB startete eine Unterschriftenkampagne, um seine Freilassung zu fordern. KPD-Betriebsräte im Kasseler Gewerkschaftshaus rieten mir, nicht zu unterschreiben, denn der Brandt sei ein „Agent" und verdiene keine Solidarität. Ich unter-

schrieb, denn diese Unterschrift war eine Entscheidung zur Solidarität mit einem von den regierenden Stalinisten der SED verfolgten Kollegen und Sozialisten. Noch wusste ich nicht, welche Rolle der Auschwitz-Häftling Heinz Brandt in meinem weiteren Leben spielen sollte. 1964 wurde er aus Bautzen entlassen.

Vermittelt durch Georg Schäfer wurde ich 1966 durch Ernst Melis, den stellvertretenden Chefredakteur der *Einheit*, des ideologischen Organs der SED, nach Ost-Berlin eingeladen. Kurz zuvor war der geplante Redneraustausch von SED und SPD gescheitert. Die SED hatte der SPD vorgeschlagen, es sollten wechselseitig Politiker beider Parteien in der Bundesrepublik und der DDR auftreten. Die SPD hatte diesen Vorschlag zur allgemeinen Überraschung angenommen. Ich war einer von vielen jungen Sozialdemokraten, zu denen die SED damals im Vorfrühling der innerdeutschen Entspannungspolitik Kontakt aufnahm.

Im Sinne von Ernst Melis verlief mein Besuch kontraproduktiv. Ich lernte Wolf Biermann und Robert Havemann kennen, sie waren für mich die intellektuellen Protagonisten einer Entstalinisierung der DDR, die es zu unterstützen galt. Bei diesem ersten Gespräch bat mich Robert Havemann, seinem Freund Heinz Brandt ausführlich über unser Gespräch zu berichten. Beide kannten sich aus Ost-Berlin, wo Brandt als SED-Funktionär bis 1954 gearbeitet hatte. Meine MfS-Akte beginnt mit der Meldung eines Volkspolizisten über meine Unterhaltung mit Wolf Biermann vor dem Bahnhof Friedrichstraße.

Meinen Lebensunterhalt verdiente ich als Verkäufer und Auslieferungsfahrer. Es war Karl Kuba, Sekretär der Gewerkschaft HBV in Kassel, der mich Schulversager drängte, den zweiten Bildungsweg zu nutzen, um zu studieren. Er schlug mir vor, mich an der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik zu bewerben.

Ohne mir damals darüber im Klaren zu sein, war ich durch diesen Kreis mit der Tradition der vergangenen sozialistischen Arbeiterbewegung in Berührung gekommen, in der die Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft noch lebendig war, die durch die Politik der Gewerkschaften und der Parteien der Arbeiterbewegung gesellschaftlich durchgesetzt werden sollte.

Wir hofften auf eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die wir mit dem Begriff Sozialismus umschrieben hatten und in der die zwischenmenschliche Solidarität als Verhaltensnorm den kalten Eigennutz kapitalistischer Marktbeziehungen ersetzen sollte. Keine Frage, in dieser Vision lebte die deutsche Sehnsucht nach Gemeinschaft weiter, die sowohl die christlichen Kirchen als auch Sozialisten, Kommunisten und vor allem die Nationalsozialisten zu mobilisieren verstanden hatten.

Drei Fragestellungen bewegten mich zu dieser Zeit: Die Zukunft des Sozialismus als Ziel linker Politik, die Hoffnung auf die Entstalinisierung der Sowjetunion (sie war für mich auch die Schicksalsmacht für die Wiedervereinigung Deutschlands) und die Stärkung der Gewerkschaften als politischer Faktor in der Bundesrepublik. Selbstverständlich waren diese Fragen damals nicht so klar und stringent in meinem Kopf, wie ich sie heute rückblickend formuliere. Aber sie entsprachen ziemlich genau dem Inhalt meiner folgenden wissenschaftlichen und politischen Arbeit.

1968 war ich also niemand, der erst von und in der antiautoritären Revolte politisiert wurde. Wir alle kamen aus der Opposition, wollten sie sein und dementsprechend war unser Programm eines, das immer mit dem Vorzeichen „Anti" versehen war. Einen positiven Entwurf für die Weiterentwicklung der Bundesrepublik oder gar des geteilten Deutschlands hatten weder die APO noch der SDS. Wie es

Bernd Rabehl, neben Rudi Dutschke einer der Leitfiguren des Berliner SDS, treffend formulierte, war der SDS als Wortführer der APO eine „Provokationselite".

Im Parteienspektrum der Bonner Republik gab es für alle Fraktionen im SDS in der Revolte vor allem einen Gegner, und das war die Union. Wir wollten den Bruch mit dem „CDU-Staat", so empfanden wir die Bundesrepublik, der auch durch die Große Koalition fortgeführt wurde. Eine Ausnahme war West-Berlin, wo die regierende SPD der Gegner der antiautoritären Revolte war. Hier organisierte der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz nach der APO-Demonstration gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam eine Kundgebung der Verbundenheit mit der amerikanischen Schutzmacht.

Unser „Anti" hatte politisch viele Facetten, es richtete sich gegen

– das Bündnis mit den Vereinigten Staaten, schließlich führten diese in Vietnam einen schmutzigen und unmoralischen Kolonialkrieg;
– die SPD, ohne die ein Machtwechsel in Bonn nicht denkbar war. Wir warfen ihr vor, durch ihre Beteiligung an der Großen Koalition die Macht der Union zu stabilisieren, statt sie zu zerstören;
– die Notstandsgesetze, die wir als Bedrohung der Demokratie betrachteten, weil sie sich primär gegen das Streikrecht der Gewerkschaften richteten.

Nur in der Deutschlandpolitik beließen wir es nicht beim „Anti". Wir forderten endlich die Anerkennung der Realität der Oder-Neiße-Grenze Polens und die Aufnahme von Beziehungen zur DDR. Auf diesen deutschen Teilstaat hatte ich als Sozialist schon damals einen kritischen Blick. Auch die DDR bedurfte der Veränderung, der Stalinist Walter Ulbricht musste abgelöst und die SED entstalinisiert werden. Noch hoffte ich auf eine Wandlung des deutschen

Kommunismus. Dies war in Grundzügen mein politisches Weltbild von 1968.

Als Traditionalist in der Revolte von 1968

1967 begann ich mein Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg und wurde an dieser Hochschule des zweiten Bildungsweges sehr schnell Vorsitzender der SDS-Gruppe. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund war Wortführer und Organisator der Revolte an den Universitäten. Hamburg gehörte nicht zu den Zentren des SDS, die waren in West-Berlin, Frankfurt, München und Marburg. Der SDS vereinigte in seinen Reihen verschiedene linke Strömungen: Die Antiautoritären namentlich aus West-Berlin, sie dominierten die beiden Jahre 1967/68, die Traditionalisten, die trotz aller Kritik und Opposition mit den Gewerkschaften und der SPD politisch verbunden blieben und schließlich die Mitglieder der illegalen KPD. Ich zählte zu den Traditionalisten.

Beginnen will ich den Bericht über mein Jahr 1968 mit Ostern. In Berlin war ein Mordanschlag auf Rudi Dutschke verübt worden. Diese Nachricht versetzte auch mich in eine verzweifelte Wut. Obwohl ich im SDS nicht zu den Antiautoritären zählte, verstand ich dieses Attentat als Angriff auf uns alle. Mein erster Gedanke war: Hört diese Blutlinie in unserer Geschichte gegen die Linke denn niemals auf? 1919 waren es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und nun Rudi!

Die Wut wurde zur Entschlossenheit, die geistigen Urheber dieser Untat meinten wir ja zu kennen: die Springer-Presse. Spontan zogen wir zur Springer-Zentrale und blockierten die Auslieferung der Zeitungen. Nach der ersten Auseinandersetzung mit der Polizei, die mit Schlagstöcken und Wasserwerfern die menschliche Mauer wegräumte, ge-

lang es Mitgliedern des AStA der Hamburger Universität in Verhandlungen mit der Polizei, den Konflikt zu deeskalieren. Ich stand neben dem Pressereferenten des AStA und wir waren uns einig, es dürfe kein Blut fließen.

Eine weitere Aktion, an deren Vorbereitungen ich mich in diesem Jahr aktiv beteiligte, war die große Demonstration am Tag der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die der AStA der Universität zusammen mit Betriebsräten und Gewerkschaften organisiert hatte. Die Vorbereitung lag in den Händen eines „Arbeiter- und Studentenkomitees“. Hinter diesem wohlklingenden Namen verbargen sich auf der Arbeiterseite Mitglieder der illegalen KPD. Mein Ansprechpartner bei ihnen war Wolfgang Gehrke, Jugendfunktionär der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und Mitbegründer der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), ab Herbst 1968 der Jugendverband der DKP. Unsere Flugblätter druckte die Deutsche Friedens-Union (DFU). Ziel unseres Demonstrationszuges von 20.000 Teilnehmern war der Sitz der Hamburger SPD. In der ersten Reihe marschierte Kurt Erlebach, ein KPD-Kader, mit und als wir gemeinsam sahen, wie die Angestellten des SPD-Landesvorstandes unsere Demonstration beäugten, sagte ich zu ihm: „Am 17. Juni 1953 dürften die Genossen der SED in ihren Parteihäusern noch ganz andere Ängste gehabt haben.“ Ein verbissenes Schweigen war seine Antwort. Der Hauptredner unserer Kundgebung war ein französischer Kommunist von deren Gewerkschaft CGT aus Straßburg. Das war meine erste Lektion in kommunistischer Bündnispolitik, denn von diesem Redner war in unserem Komitee keine Rede gewesen.

Vergleichbare Gefühle wie bei dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke empfand ich am Morgen des 21. August 1968: sowjetische Panzer in Prag. Spontan organisierte der AStA eine Solidaritätsdemonstration für die Tschechen und Slowaken. Wir zogen zur tschechoslowakischen Han-

delsvertretung, um unsere Solidarität zu bekunden. Ich hatte das Gefühl, dieser Tag sei eine Zäsur, die eine Epoche beendete, die für viele Sozialisten mit der bolschewistischen Oktoberrevolution in Russland 1917 begann. Diese Hoffnung, in der Tschechoslowakei könne der Versuch gelingen, Sozialismus und Demokratie zu verbinden und damit die stalinistischen Strukturen in den Staaten des Ostblocks zu überwinden, wurde von den „Panzerkommunisten" in Moskau, aber auch in Ost-Berlin zerstört. An diesem Tag verstand ich, dass wer immer versucht, einen demokratischen Sozialismus in unserem Land durchzusetzen, der würde die sowjetischen Kommunisten und ihre deutschen Vasallen zum Feind haben.

Ich rief Gehrke an und fragte ihn: „Verurteilen SDAJ und KPD den Einmarsch, seid ihr solidarisch mit Dubček, wie die italienischen Kommunisten?" Seine Antwort war eindeutig: Die „Bruderparteien" hätten mit dem Einmarsch den Sozialismus in der Tschechoslowakei verteidigt. Es war die Argumentation der „Panzerkommunisten". Damit war alles gesagt und der Bruch zwischen uns vollzogen. 1991, als er bereits Funktionär der PDS war, sagte er mir bei unserem ersten Wiedersehen: „1968 mit Prag, da hattest du Recht."

Bei diesem Thema lernte ich, dass es weltpolitische Konstellationen gibt und Interessen imperialer Mächte, die dem Selbstbestimmungsrecht kleiner Nationen die Grenzen ihrer Souveränität mit Gewalt diktieren. Das war eine der Wurzeln unserer moralischen Proteste gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. In Prag nun geschah das Gleiche im Namen des Sozialismus. Die ersten Zweifel an ideologischen Heilsversprechungen – und das war ja der Sozialismus – regten sich. Es war offenkundig geworden: Die Tagespolitik der realsozialistischen Staaten orientierte sich nicht an ihren propagierten Wertvorstellungen von Frieden und Volkssouveränität.

Die Haltung zum heroischen Versuch der Prager Reformkommunisten, sich kraft eigener Einsicht aus ihrer diktatorischen Vergangenheit zu lösen, um Sozialismus und Demokratie zu verbinden, blieb mir immer beispielhaft. Seine Unterdrückung zog zwischen mir und den sowjetischen Kommunisten und ihren deutschen Vasallen eine Grenze, die mein politisches Koordinatensystem zu verändern begann. 23 Jahre später nach Öffnung der SED-Archive 1991 wurden die SED und der Prager Frühling Gegenstand eines meiner Forschungsprojekte.[1]

Die vierte Demonstration, an der ich mich 1968 beteiligte, war weniger spektakulär, aber der originäre Beitrag meines Freundes Reinhard Crusius und mir zur Revolte. Wir halfen Jugendvertretern aus Metallbetrieben, die Freisprechungsfeier in der Hamburger Handelskammer zu stören. Die Lehrlinge hatten uns gebeten, ihnen beim Abfassen eines Flugblattes zu helfen, in dem der Satz stand: „Nirgends in unserem Bildungssystem gibt es so erschreckende Qualitätsunterschiede wie in der Berufsausbildung – auf dem Rücken von Euch."[2] Die Flugblätter regneten von der Galerie auf die festliche Versammlung herab, als der Präsident der Handelskammer gerade im „Namen der Lehrlinge" den Ausbildungsbetrieben für ihre gute Arbeit dankte. Im Stil der Studentenaktionen hatten wir geholfen, diese Veranstaltung „umzufunktionieren" und den Zustand der deutschen Berufsausbildung für einen Tag zum Gegenstand der Debatte zu machen. Für dieses Thema waren wir als Studenten des zweiten Bildungsweges naturgemäß besonders sensibilisiert. Reinhard Crusius war Schriftsetzer und ich Einzelhandelskaufmann gewesen, bevor wir Studenten wurden.

Neben der Demonstration gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei hat keine andere Aktion dieses Jahres meine künftige wissenschaftliche Arbeit als Soziologe und meine politischen Aktivitäten so geprägt wie diese Störung einer Freisprechungsfeier für Lehrlinge.

Gewerkschaftliche Jugend- und Berufsbildungspolitik

Lehrlingsproteste gegen den Zustand der Berufsausbildung fanden nicht nur in Hamburg statt. All diese Aktivitäten wurden unter dem Begriff „Lehrlingsbewegung" in den Jahren 1969/70 zusammengefasst. Bald gab es im Land über hundert Lehrlingszentren, viele von ihnen wurden von den entstehenden maoistischen K-Gruppen organisiert. In Hamburg dagegen tat es der DGB, er richtete im Mai 1969 einen Jour fixe für die Gewerkschaftsjugend ein. In unserer nachträglichen Bewertung dieser Lehrlingsbewegung schrieben wir: „Es gab drei qualitativ neue Elemente in dieser Bewegung: 1. Sie war eine echte, keine von oben aufgesetzte Bewegung, 2. realisierte sie in Ansätzen den Anspruch der Gewerkschaften, den Lohnabhängigen in seiner ganzen Existenz anzusprechen und zum Inhalt gewerkschaftlicher Politik zu machen, 3. verband sie direkt Jugendpolitik und Berufsbildungspolitik der Gewerkschaften."

Die Ursachen für das Scheitern dieses Ansatzes, die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend mit den Sorgen und Nöten von Lehrlingen und jungen Arbeitnehmern direkt zu verbinden, scheiterte erstens an der Schwierigkeit, einer spontanen Bewegung Kontinuität zu geben, zweitens löste der Protest innerhalb der Gewerkschaften Konflikte aus, drittens dachten die Bildungspolitiker im DGB gar nicht an die Jugendlichen als Akteure gewerkschaftlicher Berufsbildungspolitik. Ihr Feld war die Mitbestimmung der Funktionäre in den überbetrieblichen Institutionen der Berufsausbildung. Viertens drängten die K-Gruppen und vor allem der Jugendverband der DKP, die SDAJ, in die Lehrlingszentren, um Anhänger zu rekrutieren. Über den Ansatz selbstbestimmter Organisation von Jugendarbeit lachten sie nur.

Bitter notierten wir: Im Hamburger Jour fixe „zog z. B. die SDAJ dabei mit den so verhassten Glaubensbrüdern ‚in

Mao' durchaus an einem Strang. Gegen eine selbstständige Basis hatten sie alle etwas."[3]

Entscheidend war aber, dass die Funktionäre im DGB und in den Einzelgewerkschaften mehrheitlich eine solche Aktivierung der arbeitenden Jugend nicht wollten. Ebenso wenig vertraten sie in der deutschen Bildungspolitik eine systematische Aufwertung beruflicher Bildung gegenüber den Gymnasien und Universitäten. Unsere Hoffnung als Gewerkschafter war an den Realitäten der Funktionärsverbände gescheitert.

Diese Erfahrung inspirierte mich später, in meiner Habilitationsschrift an der FU Berlin das Verhältnis von Apparat und Demokratie im Deutschen Gewerkschaftsbund genauer zu untersuchen.[4]

Im Ergebnis hatte ich verstanden, dass das Organisationsinteresse der Funktionäre, die diese Verbände führten, auch ihre Politik bestimmt. Unzweifelhaft vertreten sie Interessen von Arbeitnehmergruppen, sie waren für diese, wie es Theo Pirker formulierte, „kollektive Versicherungseinrichtungen" auf dem Arbeitsmarkt. Die Gestaltung der beruflichen Bildung gehört bis heute nicht zu den Schwerpunkten der Gewerkschaftspolitik.

Mein Blick auf die Gewerkschaften war nüchterner oder – genauer – realistischer geworden. Diese Erkenntnis schuf zugleich Distanz zu den Organisationen, in denen ich einmal meine politische Heimat gesehen hatte. Theo Pirker bestärkte mich auf diesem Weg. Wir als Soziologen haben die Chance, unsere Erfahrungen in Fragestellungen für Forschungsprojekte umzusetzen. Nachdem ich 1985 zum Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin berufen worden war, habe ich eine Reihe von Verbandsstudien vor allem mit Hans-Peter Müller veröffentlicht, auf die ich an dieser Stelle nur verweisen will.[5]

Jiri Pelikan und die Bürgerrechtler in Mittel- und Osteuropa

Jiri Pelikan war 1968 Fernsehdirektor des tschechoslowakischen Fernsehens und stand auf Breschnews Liste der auszuwechselnden Kader ganz oben. 1973 lernte ich ihn kennen, nachdem wir pünktlich zu den Weltfestspielen in Ost-Berlin eine Dokumentation „Fünf Jahre Normalisierung" veröffentlicht hatten. Wir, das waren neben mir meine Freunde Reinhard Crusius, Herbert Kuehl und der 1971 nach Hamburg gekommene tschechische Student Jan Pauer, der unter dem Decknamen Jan Skala publizierte, da seine Familie noch in Prag lebte. Diese Dokumentation wurde mithilfe der beiden *Spiegel*-Redakteure Fritjof Meyer und Klaus Reinhardt erstellt, die für Osteuropa zuständig waren. Rudi Dutschke und der SPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein Jochen Steffen schrieben Nachworte. Eine Auswahl von Dokumenten über die parteiamtlich „Normalisierung" genannte Repression in der Tschechoslowakei versandten wir an die Jungsozialisten und forderten sie auf, in Ost-Berlin die Repressalien gegen Sozialisten und Gewerkschafter in der ČSSR anzusprechen, was auch geschah.[6]

Im gleichen Jahr erschien der Archipel *Gulag* von Alexander Solschenizyn, das monumentale Werk über den bolschewistischen Terror gegen das eigene Volk. Die akribische Sammlung von Dokumenten und Berichten Überlebender löste in der westeuropäischen Linken ein moralisches Beben aus. In einem Land war das nicht so, das war die Bundesrepublik. Rudi Dutschke und ich vereinbarten, einen Sammelband zu organisieren, in dem wir die Grundfrage aufwerfen wollten, wie glaubwürdig eine sozialistische Linke in Westeuropa sein könne, die zu den stalinistischen Verbrechen und den Menschenrechtsverletzungen im sowjetischen Imperium schwieg? Freimut Duve war bereit, in der

Reihe *rororo-aktuell* einen solchen Band zu veröffentlichen. Darin formulierte Jiri Pelikan die Perspektive, um die es uns ging: „Die Debatte in der heutigen sowjetischen Opposition und die Verantwortung der westeuropäischen Linken". Wie sich diese Beziehung zwischen Ost und West entwickeln würde, daran hing für uns die Zukunft des Sozialismus in Europa.[7]

Der Band erschien in dem Jahr, als in Helsinki die KSZE-Schlussakte unterzeichnet wurde, in der sich auch die sozialistischen Staaten zur Achtung der Menschen- und Bürgerrechte verpflichtet hatten. *Menschenrechte* hieß folgerichtig das Jahrbuch zu Osteuropa, das Jiri Pelikan und ich 1977 herausgaben, um vor allem die westdeutsche Linke über die Diskussionen in Menschen- und Bürgerrechtsgruppen in den Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs zu informieren, aber auch über die Repressionen gegen sie. Pelikan arbeitete im römischen Exil als Europaabgeordneter der italienischen Sozialisten beharrlich an der Organisation westlicher Unterstützung und der gegenseitigen Vernetzung dieser Oppositionsgruppen. In der MfS-Analyse der Gruppe Listy, so hieß die Zeitschrift, die er mit herausgab, wurde ihm 1979 bescheinigt, dass er an einer grenzüberschreitenden Vernetzung der Bürgerrechtsgruppen und der verschiedenen nationalen Emigrationsgruppen nicht ohne Erfolg arbeitete. Für Pelikan waren die Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen, wie das polnische KOR oder die tschechoslowakische Charta 77, bereits die Kräfte, die die kommunistischen Diktaturen überwinden würden. Dieser verändernden Kraft in den Ostblock-Staaten sollte das Jahrbuch als Plattform dienen. Zu unseren Autoren zählten u. a. Robert Havemann, Adam Michnik, Pjotr Grigorenko und Jacek Kuron.[8] Unter dem Titel *Opposition ohne Hoffnung?* erschien 1979 das zweite und letzte Jahrbuch.[9] Der Schwerpunkt des Bandes lag in der kritischen Reflexion des Prager Frühlings und der Dis-

kussion um die Unterschiede zwischen einer reformkommunistischen und einer bürgerrechtlichen Strategie der Veränderung. Klar war, die Zeit, in der es den Vordenkern dieser Bewegung um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" ging, war ganz offensichtlich vorbei. Die Bürgerrechtsgruppen und ihre Repräsentanten forderten die Demokratisierung der sozialistischen Staaten. 1980/81 setzte Solidarnosc diese Strategie in Polen in die Tat um. Auch die erbitterte Feindschaft der SED gegen diese polnische Freiheitsbewegung wurde zwölf Jahre später zu einem Forschungsprojekt.[10]

Jürgen Fuchs, Robert Havemann und die offene deutsche Frage

Der DDR-Bürgerrechtler Arnold Vaatz traf mit seinem Satz 1998 meine Emotionen: „Du bist doch einer von uns." Trotzdem bleibt der Satz erklärungsbedürftig, denn ich war ein Westdeutscher und kein „gelernter DDR-Bürger". Die beiden Namen, die in der Überschrift stehen, belegen aber, dass ich ein Weggefährte dieser Opposition in der DDR war – und zwar zu einer Zeit, als das Ministerium für Staatssicherheit noch gearbeitet hat und ohne Schwierigkeiten auch in West-Berlin operieren konnte, wo ich seit 1976 mit meiner Familie lebte.

Ich kam pünktlich zur Ausbürgerung von Wolf Biermann nach seinem Kölner Konzert Mitte November in die Stadt. Kurz vor dem Ereignis besuchte ich in Begleitung von Margarethe Frosch Robert Havemann in Grünheide, es war unser letztes Treffen. Margarethe Frosch hatte ein Jahr zuvor mit Havemann einen Dokumentarfilm gedreht (natürlich ohne Genehmigung der Behörden der DDR), den der WDR auch sendete. Mit am Tisch saß Jürgen Fuchs. Diese Begegnung wurde zu einer Lebensverknüp-

fung. Wir kamen sofort in ein intensives Gespräch, in dem es auch um den Prager Frühling und die Entwicklung in Polen ging. Nach seiner Verhaftung wenige Tage später wurde ihm in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Hohenschönhausen dieses abgehörte Gespräch bei den Vernehmungen vorgehalten. In seinen 1977 publizierten „Gedächtnisprotokollen" notierte er: „Sagen Sie uns doch einiges zur publizistischen Tätigkeit von Wilke und seinen Vorstellungen vom Prager Frühling in Prag und anderswo …". Mit diesem Ereignis begründete ein Vernehmer auch die Verhaftung von Jürgen Fuchs, auch diese „Begründung" notierte er. Auf den Einwurf von Fuchs, „Fühlen Sie sich bedroht?", antwortete der Vernehmer: „Bedroht ist nicht das richtige Wort, aber Sie wissen selbst, dass etwas in Bewegung geraten ist. Noch seid Ihr nicht ganz durch. In der ČSSR hat es geklappt 68. Wie es ausgegangen ist, wissen Sie. Natürlich sind Panzer kein Argument, aber Argumente kommen gegen Panzer nicht an. Wir sind gewarnt. Wir wissen jetzt, wie es losgeht. Und weil wir das wissen, sitzen Sie zum Beispiel hier."

Nach der Ausbürgerung von Biermann gab es eine Petition von Schriftstellern an die SED-Führung, mit der diese gegen die Maßnahme protestierten und darum baten, sie noch einmal zu „überdenken". Daraus wurde eine Unterschriftenaktion in der gesamten DDR. Gegen prominente Schriftsteller, wie Stephan Hermlin, Stefan Heym oder Jurek Becker, ging man differenziert vor, unbekannte Unterzeichner wie Fuchs in der Provinz wurden verhaftet. In dieser Situation musste sich meine Verbindung zu ihm bewähren. Die Idee eines Schutzkomitees für die Verhafteten entstand zwischen Frau Frosch, dem aus der DDR ausgewiesenen *Spiegel*-Korrespondenten Jörg R. Mettke, Hannes Schwenger und mir. Wir gaben ihm den Namen „Freiheit und Sozialismus", es ging uns um Solidarität von links! Der West-Berliner Verband deutscher Schrift-

steller (VS) in der IG Druck und Papier, deren Vorsitzender Schwenger war, übernahm die „öffentliche Patenschaft" für den in der DDR inhaftierten Autor Jürgen Fuchs. Die Kampagne für seine Freilassung und die anderer Verhafteter fand in Westeuropa Beachtung, vor allem unter Schriftstellern und Künstlern. Zu den Unterzeichnern unseres Aufrufes gehörten z. B. Heinrich Böll, Friedrich Dürrenmatt, Romy Schneider, Yves Montand, Jakob Moneta, Heinz Brandt und Otto Schily. Im August 1977 kamen Jürgen Fuchs, Christian Kunert und Gerulf Pannach frei. Ihre Familien kamen wenige Tage später. Es gehörte zu den Regeln des innerdeutschen Häftlingsfreikaufs, dass die westdeutschen Anwälte die Freigekauften ermahnten, über ihre Hafterlebnisse Stillschweigen zu wahren. Fuchs, Kunert und Pannach ignorierten diese Ermahnung. Sie gaben eine Presseerklärung ab, in der sie klarstellten, dass sie nicht freiwillig in den Westen gegangen waren, sondern erpresst worden waren. Sie stellten die Fragen: „Wohin treibt unser Land? Und wer treibt es wohin? Dabei gibt es doch zu den Absichten der Staatssicherheit nur eine Alternative: eine menschenfreundliche, fortschrittliche, sozialistische Gesellschaft, in der jeder Mensch atmen kann, kein Polizeistaat, der seine Bürger bespitzelt, einsperrt, ausbürgert oder aus ihrem eigenen Land drängt." Es war eine Kampfansage und Jürgen Fuchs zeigte in den nächsten zwölf Jahren, dass er sie ernst meinte. Heinz Brandt mit seiner Hafterfahrung als politischer Gefangener von vierzehn Jahren bei den Nazis und der SED kommentierte diese Erklärung mit den Worten: „Wer eine solche Erklärung nach seiner Haft abgibt, den haben sie nicht gebrochen!" In diesem Kampf gegen die SED-Diktatur blieben wir Weggefährten.

Welche historische Bedeutung kommt diesem Schutzkomitee zu? Im Selbstverständnis der Akteure beruhte ihre Arbeit in diesem Komitee politisch auf einer Illusion. „Solidarität von links mit DDR-Häftlingen, das ist neu",

äußerte ein Vernehmer gegenüber Fuchs in Hohenschönhausen. Damit traf er im Kern unser illusionäres Selbstverständnis, das damals noch immer eine Hoffnung war. Wir wollten einen demokratischen Sozialismus in West und Ost. Wir hatten das Gefühl, dass Europa nach den Ostverträgen der sozialliberalen Koalition – für die wir auch gestritten hatten – und der Schlussakte von Helsinki am Scheideweg stand. Die Veränderungen, die sich im Schlüsseljahr 1976 anbahnten (in Polen entstand das KOR), führten 1989/90 zu anderen Resultaten, als wir sie damals erhofft hatten. Mit der Gründung des Komitees und seiner öffentlichen Resonanz mischten wir uns ein in unsere eigenen Angelegenheiten im geteilten Land. In einer für die Gefangenen existenziellen Freiheitsfrage überwand das Schutzkomitee die innerdeutsche Blocklogik und akzeptierte mitnichten die Souveränität der DDR, genauer der SED, politische Gegner einzusperren. Wir durchbrachen an dieser Stelle das Schweigen über die ungelöste Freiheitsfrage in diesem Teil Deutschlands. Somit gehört das Komitee zur Vorgeschichte der friedlichen Revolution in der DDR von 1989.

Nach der Ausbürgerung Biermanns wurde über Havemann ein Hausarrest verhängt. Für dessen Aufhebung setzte sich das Komitee ebenso ein wie für die Freilassung des inhaftierten Rudolf Bahro.[11] Die praktische Solidarität für Havemann und seine Familie war eine drängende Frage zwischen Fuchs und mir, um ihren Hausarrest zu brechen. Freimut Duve war bereit, einen Solidaritätsband für ihn in seiner Reihe *rororo-aktuell* zu publizieren. Da ergab sich plötzlich eine Möglichkeit, Havemann Fragen für ein langes biografisches Interview zukommen zu lassen und ihn zu bitten, diese zu beantworten. Dies tat er und im Oktober 1978 erschien im Rowohlt-Verlag der Band mit seinen Antworten.[12] Einleitend beschrieb Havemann ausführlich die Bedingungen seines Hausarrests und die Überwachung

durch die Staatssicherheit. Alles diente dem Zweck, ihn von Kontakten zu westlichen Journalisten und DDR-Bürgern, die mit ihm sprechen wollten, abzuschirmen. Er sollte dazu gebracht werden, einen Ausreiseantrag zu stellen. Seine öffentliche Antwort: „Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen." Um diesen Satz musste ich mit dem Verlag ringen, in Reinbek wollte man ihn streichen. Diese realitätsferne Behauptung aus der Isolation, die sich aber als eine gute Prognose erweisen sollte, wollte man zum Schutz des Autors nicht drucken. Von der Veröffentlichung erfuhr das MfS aus der Verlagsankündigung. Weder die Arbeit von Havemann an diesem Text noch der Transport der Tonbänder durch den *Stern*-Korrespondenten Dieter Bub nach West-Berlin wurden von der Stasi bemerkt. Schon am 29. Mai war gegen mich ein Einreiseverbot verhängt worden mit der völlig zutreffenden Begründung: „Der begründete Verdacht besteht, dass er seinen Aufenthalt in der DDR in rechtswidrigen Zwecken missbrauchen wird." Am 16. Oktober 1978 (nachdem der Band erschienen war) bestätigte Generalmajor Paul Kienberg als Leiter der Hauptabteilung XX den Maßnahmeplan gegen meine Person. Ziel des Maßnahmeplans war es, „seine Position in der politischen Öffentlichkeit West-Berlins zu verunsichern." Diese Hauptabteilung war für den Kampf gegen den „politischen Untergrund" in der DDR und seine Verbindungen in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin zuständig. Das Schutzkomitee wurde von ihr bekämpft, in ihrer Sprache ausgedrückt sollte es „zersetzt" werden.

Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit 1990 gehört auch der „Berliner Appell", den Robert Havemann wenige Monate vor seinem Tod im April 1982 initiierte. Die Be-

sonderheit dieses Appells war sein Vorschlag, einen auf Europa begrenzten atomaren Krieg mit der Lösung der offenen deutschen Frage zu verbinden. Dieser Ansatz war damals in Deutschland singulär. Aus der westdeutschen außerparlamentarischen Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss liegt ein vergleichbares Dokument nicht vor. Havemann, der den Appell initiiert hatte, war seit 1964 „die Stimme der Opposition" in diesem Land des Schweigens. Seine politische Autorität in der DDR und der internationalen Öffentlichkeit verdankte er nicht zuletzt seiner Biografie als Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Die Entstehung dieses Appells begann im Sommer 1981. Havemann schrieb einen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die Idee zu diesem Schritt entstand in einem Telefonat zwischen ihm und mir am 28. Mai, das vom MfS abgehört und aufgezeichnet wurde. Unser Thema war die atomare Bedrohung Europas und Deutschlands durch den Raketenpoker zwischen der Sowjetunion und der NATO. Havemann war überzeugt, die Kriegsgefahr gehe vom Pentagon aus, „das einen Krieg machen will. Die hätten sich ausgerechnet, wie sie einen lokal begrenzten Atomkrieg machen können. Wilke widerspricht", und die Mithörer notieren auch den Widerspruch: „Wilke ist vollkommen davon überzeugt, dass die Freunde in Moskau die Reagansche Sprache am besten verstehen werden", und er verwies auf die sowjetische Politik. Es war die Sowjetunion, die mit der Aufstellung von SS-20-Mittelstreckenraketen, den NATO-Doppelbeschluss von 1979 verursacht hatte. Havemann wollte dann von mir wissen, warum ich den „Krefelder Appell" in der Bundesrepublik von 1980 gegen den NATO-Doppelbeschluss so kritisch sehe. Meine Antwort: Er war von der SED initiiert worden und wurde von den westdeutschen Kommunisten organisiert. Er sollte als politische Plattform dienen, um in der Bundesrepublik ein breites Per-

sonenbündnis gegen den NATO-Doppelbeschluss zu organisieren. Obwohl die kommunistischen Initiatoren bereits damals bekannt waren, bekam die Initiative Breitenwirkung durch die Unterschriften von Petra Kelly und General a. D. Gert Bastian von den Grünen. Havemann faszinierte diese außerparlamentarische Bewegung ebenso wie Solidarnosc in Polen. Seine Intention war klar, die DDR brauchte eine Friedensbewegung mit gesamtdeutscher Perspektive und sowohl der „Krefelder Appell" als auch Solidarnosc dienten ihm als Vorbild. Eines seiner Probleme war die weltpolitische Konstellation. Er misstraute den Amerikanern zutiefst, ohne der sowjetischen Führung zu vertrauen, zumal er in ihrem Machtbereich lebte. Seine Grundfrage war: Was sollten die Deutschen in dieser Konstellation tun?

An diesem Punkt unseres Gesprächs schlug ich vor, er solle doch einen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt schreiben und ihn „auffordern, seinen Teil des Beschlusses, wie er nun einmal gefasst ist, mit seinem Partner in Deutschland, dem Honecker zu besprechen." Der Bundeskanzler war für Havemann der geeignete Adressat. Allein schon dieser Schritt, sich an ihn zu wenden, würde öffentlich den Eindruck zerstören, die Bevölkerung in der DDR stehe geschlossen hinter der Politik der SED-Führung in dem Streit um die Mittelstreckenraketen. Darüber hinaus bestritt Havemann mit diesem Schritt der SED-Führung öffentlich ihre Fähigkeit, deutsche Interessen in dieser Auseinandersetzung wahrzunehmen. Dieses Kalkül unterstrich Havemann im Brief an Helmut Schmidt. Er bezog sich auf Kurt Schumacher, der Konrad Adenauer 1951 vorgeworfen hatte, er sei ein „Kanzler der Alliierten", um Schmidt aufzufordern, „als ein Kanzler der Deutschen" zu handeln.

Von der Regierung der DDR erwartete er das nicht. Was er von ihr hielt, hatte er 1979 in skandinavischen Zeitungen publiziert. Das MfS hatte sie unter strafrechtlichen Gesichtspunkten geprüft. Havemann: „Unsere Regierung ist

eine Quisling-Regierung – ich wähle diese Bezeichnung, um zu unterstreichen, dass dies nicht ein spezielles deutsches Phänomen ist – eine Regierung, die von russischen Gnaden lebt." Er untermauerte dieses Urteil mit seiner Einschätzung über die Stimmung der DDR-Bevölkerung: „Aber zwei Dinge sollten unseren Herren im Politbüro Stoff zum Nachdenken geben, nämlich dass die Nazis – in einem kapitalistischen Staat – mehr Anhänger hatten als sie haben und dass heute viel mehr Leute als vor zehn Jahren eine Wiedervereinigung mit Westdeutschland wünschen."

In seinem Brief an den Bundeskanzler wiederholt Havemann sein Misstrauen gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten und äußert sich besorgt, dass die Bundesrepublik „die mit weitem Abstand größte Militärbasis der USA im Ausland" ist. Dass dieses Urteil auch für die Sowjetunion und DDR galt, formuliert Havemann nur indirekt: „Die beiden deutschen Staaten, jeder Angriffsspitze und Militärbasis einer der beiden Supermächte, werden ohnehin die ersten Opfer sein, wenn es zu einer militärischen Konfrontation … in Europa kommen sollte." Er sah nur einen Weg, um die „tödliche Bedrohung von uns abzuwenden: Abrüstung, schrittweise Entfernung aller atomaren Waffen vom Territorium der beiden deutschen Staaten, Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands." Die Verknüpfung der Lösung der offenen deutschen Frage mit dem europäischen Frieden konnte nach Lage der Dinge nur der Bundeskanzler der Bundesrepublik „als Kanzler der Deutschen" auf den Weg bringen. Der Brief erreichte Helmut Schmidt und wurde von ihm beantwortet. Das Schreiben selbst wurde im September 1981 veröffentlicht. Der Zeitpunkt des Briefes war sorgsam gewählt, denn der sowjetische Parteichef Leonid I. Breschnew wurde im Oktober 1981 zu Gesprächen in Bonn erwar-

tet. Gegenüber Schmidt sprach Havemann diesen Besuch bereits an, um ihn an die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu erinnern.

Sein nächster Schritt baute auf diesem Brief an den Bundeskanzler auf. Havemann schrieb einen offenen „Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew". Er wurde als gesamtdeutsche Initiative organisiert und sollte eine Brücke zwischen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und den Friedenskreisen in der DDR schlagen. Havemann erinnerte Breschnew an die früheren sowjetischen Positionen zur Lösung der deutschen Frage. Er schrieb: „Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Sowjetunion sich bis in die 1960er Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen … Wie wir Deutschen unsere nationale Frage dann lösen werden, muss man uns schon selbst überlassen und niemand sollte sich davor mehr fürchten, als vor dem Atomkrieg." Am 9. November 1981 bewertete das MfS in einer Expertise diese beiden Briefe. Strafrechtlich war das Verhalten von Havemann für das Untersuchungsorgan MfS klar: Die Verbindung mit „den als feindlich tätigen Personen ‚Jürgen Fuchs und Manfred Wilke' war ungesetzliche Verbindungsaufnahme" nach Paragraph 219 StGB und es bestand der Verdacht der „landesverräterischen Nachrichtenübermittlung und der staatsfeindlichen Hetze gemäß den Paragraphen 98 und 106 StGB." Diese Bewertung von Havemanns Aktivitäten bedeutete in der Konsequenz Verhaftung und Untersuchungshaft. Von diesen Maßnahmen riet das MfS aber ab.

Dieses Spiel mit dem MfS kannte Havemann schon. Diesmal wusste er, es blieb ihm nicht mehr viel Zeit. In den beiden offenen Briefen waren grundsätzliche Positionen für eine Friedensbewegung in der DDR von ihm geklärt worden. Nun galt es, eine solche Bewegung in der DDR zu initiieren und ihr eine politische Plattform zu liefern. Dieses Ziel verfolgte der „Berliner Appell". Er forderte auch die Einberufung einer Friedenskonferenz, „auf der die Regierungen der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges die Friedensverträge abschließen und den Abzug der Besatzungstruppen und die Garantie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten vereinbaren."

Die Zeit für Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur Lösung der deutschen Frage war aber 1982 noch nicht gekommen.

Der Bruch

Reinhard Crusius und ich hatten in den Konflikten um das Ende des Hamburger Jour fixe schon erlebt, wie zielgerichtet SDAJ-Aktivisten Funktionen in der Gewerkschaftsjugend übernommen und die aktive Jugendarbeit in Schulungsveranstaltungen erstickt hatten. Wir hatten auch erlebt, wie sozialdemokratische Funktionäre diese Politik der Positionsbesetzung im gewerkschaftlichen Apparat gefördert hatten, sorgten doch die jungen Kommunisten für das, was diese Funktionäre für Ruhe und Ordnung in der Organisation hielten. Die politischen Veränderungen in den Gewerkschaften, die so begonnen hatten, führten Ende der 1970er Jahre zu Differenzierungen unter den DGB-Gewerkschaften. Im neuen DGB-Grundsatzprogramm von 1981 war die Geschichte der zentrale Streitpunkt, es ging um den politischen Inhalt des Leitbilds von der Einheitsgewerkschaft. IG Metall, IG Druck und Papier

sowie HBV verlangten, dieses Leitbild neu zu formulieren, um die antifaschistischen Wurzeln der DGB-Gewerkschaften zu betonen. Realpolitisch ging es dabei um die historisch legitimierte Reintegration der Kommunisten als dritte, gleichberechtigte, geistig-politische Strömung neben den Sozialdemokraten und der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft im DGB. Im Kontext dieser Auseinandersetzung entstand 1979 mein Aufsatz über die Gewerkschaftspolitik der DKP. Ich vertrat die These, es ginge dieser Partei nicht um die Eroberung der Betriebe, sondern um die Apparate in den Gewerkschaften. Die IG Chemie-Papier-Keramik verschickte den Aufsatz an ihre Funktionäre, Hermann Rappe, Vorsitzender dieser Gewerkschaft, widersetzte sich entschieden der angestrebten Veränderung des DGB-Leitbilds. Mit meinem Beitrag zu dem Buch *Der Marsch der DKP durch die Institutionen*[13] hatte ich mich endgültig als Antikommunist „entlarvt“ und wurde als solcher in der IG Metall-Zeitschrift *Der Gewerkschafter* und in einer Broschüre des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies stigmatisiert. Zunächst bewirkte dieser Aufsatz einen Karrieresprung.

Nach meiner Promotion 1976 in Bremen arbeitete ich als wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Berlin. Der Berufspädagoge Wilfried Voigt hatte Reinhard Crusius und mich nach seiner Berufung als Assistenten an seinen Lehrstuhl geholt. Helga Thomas, Lehrstuhlinhaberin für Pädagogik, wurde in dieser Zeit an der TU Berlin eine gute Freundin, die hier erwähnt werden muss, da sie zu einer verlässlichen Ratgeberin wurde.

Im Februar 1980 unterbreitete mir der Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen ein überraschendes Angebot, ob ich nicht sein Nachfolger als Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) werden wollte. Meinen Einwand, ich hätte keine Erfahrungen in der Führung von Organisationen, wischte er

beiseite. Das wäre auch nicht meine wichtigste Aufgabe, denn in diesem Landesverband wäre die Übernahme großer GEW-Stadtverbände durch so genannte „fortschrittliche Bündnisse“ zwischen DKP und bündniswilligen SPD-Mitgliedern bereits so weit gediehen, dass dieser Landesverband der GEW „gekippt“ sei. Meine Aufgabe sei es nun, einen exemplarisch notwendigen Konflikt zu führen, um diesen Prozess der schleichenden politischen Veränderung einer Gewerkschaft im DGB öffentlich sichtbar zu machen. Schließlich willigte ich ein und war ab April 1980 Landesgeschäftsführer dieser Gewerkschaft in Essen. Der Richtungsstreit in der GEW verband sich 1980 mit der Positionierung gegenüber der „Friedensbewegung“ gegen den NATO-Doppelbeschluss. Mein Versuch, den mehrheitlich sozialdemokratischen Landesvorstand davon zu überzeugen, sich nicht an einer Bewegung zu beteiligen, die in der Sache der sowjetischen Erpressungspolitik durch die Stationierung der SS-20-Raketen Vorschub leistete, scheiterte schon im Ansatz. Meine Zeit als Landesgeschäftsführer ging zu Ende, als im Frühjahr 1981 die großen „fortschrittlichen“ Stadtverbände ihre Stärke ausspielten. Anlass war eine Demonstration gegen die Landesregierung, die der Landesvorstand und der DGB-Landesbezirk abgelehnt hatten. Der Kölner Stadtverband missachtete diese Beschlüsse und organisierte trotzdem diese Demonstration. Erich Frister, der damalige GEW-Vorsitzende, sollte den Konflikt zwischen dem Landesvorstand und den Stadtverbänden schlichten. Die Aufgabe kam ihm sichtbar ungelegen, bereitete er sich doch auf einen Funktionswechsel vor. Er sollte Arbeitsdirektor bei dem gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen „Neue Heimat“ werden. Er suchte einen Kompromiss, der in der Sache eine Kapitulation bei eigener Gesichtswahrung vor den Stadtverbänden war. Er schlug ein neues Gremium vor, um in Zukunft solche Konflikte zu schlichten. An dem Abend habe ich verstanden,

wie 1933 die „Gleichschaltung“ funktioniert hatte, nur 1981 gab es keinen SA-Terror, stattdessen die Rücksicht auf die persönliche Karriere. Die neue Mehrheit im Landesverband, die mir mein Vorgänger Bodo Hombach bereits ein Jahr zuvor geschildert hatte, war nun de facto die Herrin des Landesverbandes.

Mein Vertrag wurde im „gegenseitigen Einvernehmen“ aufgelöst und Theo Pirker empfing mich in Berlin mit der Frage: „Wie konntest du das nur tun, hast du deine eigene Analyse über die Funktionäre nicht gelesen?“ Es gehört zu den Grundüberzeugungen deutscher Sozialisten, dass es starker Organisationen bedarf, um die politische Macht in der Gesellschaft zu erringen. Wenn es aber zum Bruch mit diesen Organisationen kommt, wie in meinem Fall geschehen, hört die Organisationssolidarität schlagartig auf. Ich erlebte diesen Brauch als Schock. Pirker der ihn 25 Jahre vor mir durchlebt hatte, fuhr mich an: „Merk dir: Organisationen haben Interessen, sie kennen aber keine menschliche Loyalität.“ Noch mehr als zuvor verließ ich mich auf menschliche Beziehungen, wie z. B. zu Helga Thomas oder Theo Pirker. Er war es auch, der für mich ein Forschungsprojekt beim Ministerium für innerdeutsche Beziehungen beantragte: „Deutschlandpolitik aus einer Position der ideologischen Stärke? Die Diskussionen über die westdeutschen Gewerkschaften in der DDR-Gesellschaftswissenschaft im Zeitraum 1961 bis 1972“. Das Projekt wurde bewilligt und an der FU Berlin durchgeführt. Seine Ergebnisse wurden 1990 publiziert, als diese Politik der SED obsolet geworden war.[14]

Neuanfang

„Wandel durch Annäherung“, damit hatte Egon Bahr die neue Ostpolitik der Sozialdemokraten begründet. Diesen Wandel in der westdeutschen SPD bekam ich nun zu spü-

ren, aber nicht die von Hombach in Aussicht gestellte Rückendeckung durch die Partei. Die Ideologisierung der sozialdemokratischen Entspannungspolitik in Verbindung mit der Friedensbewegung wirkte im linken Lager wie ein Selektionsfilter in der öffentlichen Diskussion über die Sowjetunion, die DDR und selbst über die DKP. Die Frage nach den Zielen der SED-Westpolitik verbot sich im Mainstream der politikwissenschaftlichen DDR-Forschung und wurde immer mehr zu einem Tabu, auch jenseits dieser wissenschaftlichen Spezialdisziplin. Begründet wurde das mit dem Argument: Solche Angriffe auf die Partner der Entspannungspolitik im Osten würden nur dem Klima der Entspannung schaden. Hinter diesem Tabu verbarg sich insgesamt eine Drift in den intellektuellen und politischen Schichten der westdeutschen Gesellschaft dieser Jahre. Die Bundesrepublik genügte ihnen, die deutsche Frage war für sie durch die Teilung gelöst, die DDR war als zweiter deutscher Staat anerkannt und die vier Mächte garantierten diese Lösung. Also wollten auch sie an diesem Status quo nicht rütteln, das würde nur den Frieden in Europa gefährden.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes von 1949 wurde zum verständlichen Irrtum des Parlamentarischen Rates herabgewürdigt, ohne Bedeutung für die (west-)deutsche Realpolitik nach den Ostverträgen. Die individuelle Freiheit der westdeutschen Demokratie wurde in vollen Zügen genossen. Die Frage der Freiheit der Deutschen in der DDR, denen sie nach Hitlers Krieg und der Befreiung vom Nationalsozialismus erneut verweigert worden war, lösten viele aus der kulturellen und politischen Elite durch geistige Abschreibung.

Noch während meiner Zeit als Landesgeschäftsführer konnte ich in Bezug auf den Kampf der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc erleben, wie tief im Kurs bei vielen Funktionären der Kampf um Polens Freiheit stand. Sollte man sich wirklich mit katholischen, polnischen Arbeitern

solidarisieren, die gegen den Sozialismus streikten? Mich wunderte diese Haltung nicht mehr. 1976 hatte der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier, Hannes Schwenger, den damaligen Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonard Mahlein, gebeten, eine Solidaritätserklärung für den in der DDR inhaftierten Schriftsteller Jürgen Fuchs abzugeben. Mahlein verweigerte sich unter allerlei Ausflüchten. Nach Öffnung der FDGB-Akten über die intensiven politischen Kontakte zwischen dieser DGB-Gewerkschaft und der SED-Massenorganisation, die vor allem dieser Vorsitzende pflegte, lagen die politischen Gründe für diese Solidaritätsverweigerung offen.[15]

Ein Zufall gab mir 1981 Gelegenheit, mich erstmals gründlich mit den Anfängen der deutschen Teilungsgeschichte auseinanderzusetzen. Dem Berliner Abgeordneten Gerd Gruner (SPD) war das Protokoll der so genannten „Sechziger Konferenz“ zwischen KPD- und SPD-Funktionären vom Dezember 1945 in die Hände gefallen. Es war die Konferenz, auf der Otto Grotewohl, der SPD-Vorsitzende in der SBZ, grundsätzlich in die Fusion mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei einwilligte. Gruner fragte mich, ob wir dieses unveröffentlichte Protokoll nicht publizieren sollten und der Münchener Piper-Verlag war bereit, es zu verlegen. Erstmals las ich Kurt Schumacher und vergegenwärtigte mir an diesem Protokoll den fundamentalen Gegensatz, den es zwischen den Moskau-Kadern der KPD als Gehilfen der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945 und den von Schumacher geführten Sozialdemokraten in den Fragen der Demokratie und der Rückgewinnung deutscher Souveränität gab. Die SED-Gründung, so lernte ich in diesem Projekt, war eine Zäsur, sie stellte unter den deutschen Parteien die Weichen zur Spaltung in Ost und West. Das bewiesen damals die Sozialdemokraten in den Berliner Westsektoren,

die in einer Urabstimmung gegen die Vereinigung mit der KPD stimmten. Die sowjetische Besatzungsmacht dagegen hatte in ihrem Sektor diese Abstimmung verboten. Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck ließen mit ihrem Vorgehen in der SBZ Kurt Schumacher und Konrad Adenauer in den Westzonen keine andere Wahl, als das Angebot der Westmächte 1948 anzunehmen und den Weststaat zu gründen. Also nicht Schumacher oder Adenauer waren die Spalter unter den deutschen Politikern, sondern Stalins deutsche Kader. In der SPD selbst wurde dieses Buch 1981 als eine unzeitgemäße Publikation aufgenommen.[16]

Mein erstes Forschungsvorhaben nach Öffnung des SED-Archivs war eine Dokumentation der Planungen von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck im Moskauer Exil für das Deutschland nach Hitler. Die Veröffentlichung der von der SED unter Verschluss gehaltenen Dokumente zeigte eindeutig, dass es den Kommunisten um die „ungeteilte Macht" ging. Sie hielten an der marxistisch-leninistischen Parteikonzeption fest; die Formel von der „demokratischen Umgestaltung" war der Rhetorik der „Anti-Hitler-Koalition" mit den angelsächsischen Mächten geschuldet. Bereits 1944 hatten sie den unausweichlichen Konflikt um die außenpolitische Orientierung Deutschlands nach Hitler in den Blick genommen. Es war ihr Ziel, durch eine „nationale Bündnispolitik" Deutschland dauerhaft an die Sowjetunion zu binden. Mit diesem Projekt konnte ich aber erst zehn Jahre später beginnen. Nach meinem Ausscheiden als GEW-Landesgeschäftsführer ging es für mich zunächst darum, an der FU in Berlin, deren Privatdozent für Soziologie ich war, wieder Fuß zu fassen.

In dieser Zeit, als die Stigmatisierung als Antikommunist in den linken Milieus im Wissenschaftsbetrieb für mich spürbar wurde, erfuhr ich Solidarität von Menschen, von denen ich es nicht erwartet hatte und die alle Mitglieder der CDU waren. In Berlin suchte Ursula Besser, die

hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, nach meiner Trennung von der GEW das Gespräch mit mir. Aus Bonn meldete sich Wilhelm Mensing bei mir und lud mich zu einem Seminar über die SDAJ ein, das vom Bundesinnenministerium veranstaltet wurde. Er behandelte mich als Experten wie auch Wolfgang Bergsdorf und Hans-Joachim Veen. Als Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung erteilte er mir einen sehr willkommenen Forschungsauftrag, die Leitbilddebatte über die Einheitsgewerkschaft im DGB zu analysieren.[17] Diese erfahrene Solidarität war eine nachhaltige Ermutigung für meinen Neueinstieg in den Wissenschaftsbetrieb.

Fazit

Eines blieb mir von 1968, nämlich die Überzeugung, dass es keine politikfreie Wissenschaft gibt, vor allem nicht in den Sozialwissenschaften und erst recht nicht in der politischen Soziologie. Von den Hoffnungen, die mich 1968 bewegten und für die ich damals keinen Weg sah, wie sie herbeigeführt werden könnten, erfüllte sich nur eine: die Überwindung der deutschen Teilung. In der Nacht vom 9. November 1989 war ich dabei, als die Berliner die Mauer öffneten.

Mit dem Ende des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der ČSSR 1968 begannen meine Zweifel an der Reformfähigkeit des sowjetischen Kommunismus. Die Solidarität mit der Bürgerrechtsbewegung im sowjetischen Imperium empfand ich als meine moralische Pflicht. Ich verstand, dass es bei der polnischen Solidarnosc nicht mehr um den verbesserungsfähigen Sozialismus ging, sondern um die Überwindung der kommunistischen Diktatur und die Durchsetzung eines demokratischen Verfassungsstaates. Das Ziel musste auch für die DDR gelten. In der letzten po-

litischen Aktion von Robert Havemann von 1982 ging es damals um ein utopisches Ziel. Er schlug vor, durch die Verknüpfung von atomarer Abrüstung mit dem europäischen Frieden zugleich die Teilung Deutschlands zu überwinden. Die von ihm damals geforderten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über einen Friedensvertrag fanden acht Jahre später tatsächlich statt, um die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit international zu sanktionieren. Damit bestätigte sich mir der Zusammenhang vom Auftreten der Bürgerrechtsbewegungen im sowjetischen Imperium mit dessen Erosion und damit der Preisgabe der SED-Diktatur in der DDR durch die Sowjetunion.

Nach dem Ende der SED-Diktatur widmete ich mich bewusst der Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland. 1992 bot mir Johannes Gerlach, der damalige Präsident der Freien Universität Berlin, an, den „Forschungsverbund SED-Staat“ mitzugründen, in dem ich bis 2006 als einer der wissenschaftlichen Leiter arbeitete. Da im selben Jahr die Stasi-Unterlagenbehörde ihre Tätigkeit aufnahm, war der Name ein programmatischer Kontrapunkt in der damaligen Debatte. Für uns war die SED die totalitäre Staatspartei der DDR und die Untersuchung ihrer Politik sollte im Mittelpunkt dieser zweiten Aufarbeitung einer deutschen Diktaturvergangenheit stehen.

Als der 12. Deutsche Bundestag 1992 beschloss, eine Enquetekommission zur „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ einzusetzen, schlug mich Wolfgang Bergsdorf der CDU/CSU-Fraktion als sachverständiges Mitglied vor und die Fraktion nominierte mich. Die erste Abstimmung, an der ich mich beteiligte, betraf den Namen der Kommission. Der Abgeordnete Dirk Hansen (FDP) schlug vor, den Ort dieser Diktatur zu benennen: „in Deutschland“. Diesen Vorschlag unterstützte ich, ging es doch um die Aufarbeitung dieser Diktatur im Kontext der deutschen Teilungsgeschichte.

Meine Hoffnung auf die Gewerkschaften als politische Verbände, mit denen die Arbeitnehmer der Bundesrepublik eine solidarische Gesellschaft durchsetzen könnten, stand für zwei Jahrzehnte im Mittelpunkt meines politischen Koordinatensystems. Sie verlor sich durch Erfahrung und wissenschaftliche Analyse. Statt auf Organisationen zu hoffen, lernte ich, Menschen zu vertrauen.

Anmerkungen

[1] *Prieß, Lutz / Kural, Vaclav / Wilke, Manfred:* Die SED und der ‚Prager Frühling'. Politik gegen einen Sozialismus mit ‚menschlichem Antlitz'. – Berlin: 1996.

[2] *Crusius, Reinhard / Söhl, Oskar [das war Werhart Otto] / Wilke, Manfred:* Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik, dargestellt am Beispiel des Hamburger Jour fixe. Offenbar 1971.

[3] *Crusius, Reinhard / Wilke, Manfred:* Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft oder Jugend? Gewerkschaftliche Jugend- und Berufsbildungspolitik von 1977 bis 1981. – Frankfurt am Main: 1981.

[4] *Pirker, Theo:* Vorwort. In: Wilke, Manfred: Die Funktionäre. – München: 1979.

[5] *Wilke, Manfred / Otto, Gundolf:* Der Kampf um die Köpfe. Mediengewerkschaft im DGB. – München: 1986; *Grewe Hartmut / Niedenhoff, Horst-Udo / Wilke, Manfred:* Funktionärskarrieren im DGB. – Melle: 1988; *Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter:* Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozess. – Melle: 1991; *Müller, Hans-Peter / Wilke, Manfred:* Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozess 1990 bis 1994. – Berlin: 1996; *Müller, Hans-Peter / Wilke, Manfred:* Rückkehr in die politische Arena. Die deutschen Gewerkschaften und das Bündnis für Arbeit. Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 177. – Sankt Augustin: 1999; *Müller, Hans-Peter / Niedenhoff, Horst-Udo / Wilke Manfred:* ver.di: Porträt und Positionen. – Köln: 2002; *Müller, Hans-Peter / Wilke, Manfred:* Quo vadis, IG-Metall? – Köln: 2004; *Müller, Hans-Peter / Wilke, Manfred:* ‚Gestaltend Einfluss nehmen'. Bahngewerkschaft und Bahnreform 1993–2005. – Berlin: 2006.

[6] *Crusius, Reinhard / Kuehl, Herbert / Skala, Jan / Wilke, Manfred:* CSSR – Fünf Jahre ‚Normalisierung'. – Hamburg: 1973.

[7] *Dutschke, Rudi / Wilke, Manfred (Hrsg.):* Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. – Reinbek: 1975.

[8] *Pelikan, Jiri / Wilke, Manfred (Hrsg.):* Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa. – Reinbek: 1977.

[9] *Pelikan, Jiri / Wilke, Manfred (Hrsg.):* Menschenrechte. Jahrbuch Osteuropa 2. – Reinbek: 1979.

[10] *Kubina, Michael / Wilke, Manfred (Hrsg.):* ‚Hart und kompromisslos durchgreifen'. Die SED contra Polen 1980/81. – Berlin: 1995.

[11] *Wilke, Manfred:* Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen. Gesammelte Schriften. Zu seinem 65. Geburtstag zusammengestellt und herausgegeben von Hans-Joachim Veen. – Köln; Weimar; Wien: 2006.

[12] *Wilke, Manfred (Hrsg.):* Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist. – Reinbek: 1978.

[13] *Flechtheim, Ossip K. / Rudzio, Wolfgang / Vilmar, Fritz / Wilke, Manfred:* Der Marsch der DKP durch die Institutionen. – Frankfurt am Main: 1980. Es gab noch einen Nachfolgeband, den Fritz Vilmar unter Mitarbeit von Wolfgang Rudzio und Manfred Wilke unter dem Titel: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse – und wie die Linke darauf reagiert. im Ullstein-Verlag (Berlin: 1981) publizierte.

[14] *Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter:* SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961–1972. – Köln: 1990.

[15] *Wilke, Manfred / Hertle, Hans-Hermann:* Da die Genossen – Kartell. Die SED und die IG Druck und Papier / IG Medien. – Frankfurt am Main; Berlin: 1992.

[16] *Gruner, Gert / Wilke, Manfred:* Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. – München: 1981.

[17] *Wilke, Manfred:* Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971. – Melle: 1985.